

Ökonomie – ganz einfach?

Ökonomie als Überzeugungsarbeit

Aus Sicht der Wissenschaft sind Vereinfacher zumeist Scharlatane. Es sind Dilettanten, die komplexe Sachverhalte auf unverantwortliche Weise simplifizieren. Es sind zumeist auch Verführer, die einer nichtwissenschaftlichen Öffentlichkeit vorgaukeln, komplexe Zusammenhänge durchschauen zu können, ohne sich auf den dornigen Weg wissenschaftlicher Begrifflichkeit und Methodik einzulassen. Das Verdikt ist insofern klar: Wer in Sachen Wissenschaft Einfachheit suggeriert, kann die betreffende Wissenschaft nicht verstanden haben.

In manchen Wissenschaftsbereichen trifft dies tatsächlich zu. Das spontane Bedürfnis, in wissenschaftlichen Fragen umstandslos „mitreden“ zu können, ist Ursache vieler Vorurteile und vielen Aberglaubens. Simplifizierung schafft oft die falsche Gewissheit, Zusammenhänge durchschaut zu haben, deren Komplexität nur der Versuch der wissenschaftlichen Erkenntnisgewinnung offenbart. Die Mühsal wissenschaftlicher Theoriebildung leistet in vielen Fällen hauptsächlich dies, nämlich die Unzulänglichkeit oder Abwegigkeit simpler Gewissheiten offenzulegen. Auf manchen Gebieten offenbart die Theorie damit allerdings zugleich ihre eigene Unvollkommenheit. Sie vermittelt – etwa in der theoretischen Physik - den Eindruck, dass elementare Sachverhalte die menschliche Wahrnehmungsfähigkeit überfordern, so als fehle ein Sinnesorgan, um bestimmte Zusammenhänge plausibel modellieren zu können. Die Deutung der mit den vorhandenen, also zu wenigen Sinnesorganen möglichen Wahrnehmungen mit wiederum diesen Sinnesorganen zugänglichen theoretischen Modellen mündet daher oft in ein diffuses Gefühl der Unzulänglichkeit. Auch Wirtschaftswissenschaftlern ist dieses Gefühl nicht ganz fremd.

Dass die Wissenschaft letztlich Unerklärliches zu erklären versucht, mag den Mangel an Plausibilität mancher Theorien begründen. Es gibt jedoch Wissenschaften, an die ein anderer Anspruch zu stellen ist. Dies gilt vor allem für jene, die sich, wie die Ökonomie, mit von Menschen geschaffenen Zusammenhängen befassen. Von deren Theorien darf erwartet werden, dass sie der menschlichen Wahrnehmung auf einigermaßen unkomplizierte Weise zugänglich sind.

Die Ökonomie ist nicht darauf beschränkt, das Verständnis vom Menschen geschaffener Zusammenhänge zu verbessern, solche Zusammenhänge also verständnisfördernd abzubilden. Sie zielt vielmehr darauf ab, dass diese Zusammenhänge, wenn sie einmal verstanden sind, auch rational gestaltbar werden. Sie will insbesondere der Politik in dieser Hinsicht Handlungsanleitungen liefern.

Um Politik handlungsfähig zu machen, muss die Ökonomie – zumindest in einem demokratischen Kontext – auch einer breiteren politischen Öffentlichkeit Erkenntnisse vermitteln und damit wirtschaftspolitische Entscheidungen legitimieren helfen. Insofern

besteht der politische Zweck der Ökonomie darin, Überzeugungsarbeit zu leisten. Um aber diesen Zweck zu erfüllen, sollte die Ökonomie eine einfache Wissenschaft sein. Sie sollte ihre Erkenntnisse so präsentieren, dass sie auch und gerade in der Vereinfachung wissenschaftliche Geltung erlangen.

Dies mag vielen als eine unmögliche Aufgabe erscheinen. Diese Aufgabe ist aber – zum Glück für die Ökonomie – erfüllbar. Man muss nur über die für den Eigengebrauch des Wissenschaftsbetriebs entwickelten Darstellungsformen hinwegsehen, um erkennen zu können, dass sich das wesentliche Wissen der Ökonomie tatsächlich in der einfachen Darstellung erschließt.

Wissensproduktion nach innen und außen

In jeder Wissenschaftsdisziplin wird Wissen produziert, das nur wissenschaftsintern von Belang ist. Dies ist zu einem gewissen Grade ein unabänderlicher Sachverhalt, den zu beklagen wenig Nutzen bringt. Die wissenschaftsinterne Wissensproduktion hat vielerlei Funktionen. Sie dient unter anderem als Qualifikationsnachweis für wissenschaftliches Personal, und sie spielt eine Rolle im individuellen Ringen um wissenschaftsinternen Erfolg. Diese interne Wissensproduktion bedient sich anderer Begriffe, als sie im außerwissenschaftlichen Diskurs verwendet werden, und sie befasst sich vielfach mit Zusammenhängen, für die außerhalb des Wissenschaftsbetriebs kein Aufklärungsbedarf besteht. Für die Ökonomie gilt dies in besonderem Maße. In dieser Disziplin macht die praxisorientierte Wissenschaft nur einen geringen Promillesatz der gesamten Wissensproduktion aus.

So unvermeidlich die wissenschaftsinterne Wissensproduktion ist, so abträglich kann sie andererseits für die Qualität einer Wissenschaftsdisziplin sein. Sie begünstigt ein Wissenschaftsverständnis, das der Suche nach einfach formulierbaren Wahrheiten einen geringen Stellenwert zumisst und nach dem wissenschaftliche Reputation sich vor allem aus der Fähigkeit herleitet, möglichst komplizierte Argumente unabhängig von ihrer gesellschaftlichen Relevanz zu meistern. Damit verbindet sich auch die Gefahr, dass eine Wissenschaftsdisziplin sich mit unzugänglicher Begrifflichkeit vor äußerer Einmischung abschottet. In der Ökonomie ist die Beschäftigung mit dem Arbeitsmarkt ein in dieser Hinsicht exemplarisches Feld, auf dem - trotz des so offenkundig menschenbezogenen Erkenntnisanliegens - noch immer eine praxisferne Wissensproduktion mit praxisfremden Darstellungsformen dominiert.

Die Bevorzugung unzugänglicher wissenschaftlicher Darstellungsformen ist letzten Endes auch ein Grund dafür, dass sich in nichtwissenschaftlichen Kreisen so hartnäckig ökonomische Irrlehren halten und dass dabei an Argumentationsmustern festgehalten wird, denen die Wissenschaft aus gutem Grund längst entwachsen ist. Bis neue ökonomische Einsichten mit der gebotenen begrifflichen Simplität vermittelbar werden, kann es noch immer Generationen dauern. Dennoch kann interne Wissensproduktion im günstigen Fall wissenschaftliches Vorspiel zu dem sein, was einer Wissenschaft wie der Ökonomie den größtmöglichen Sinn verleiht: zu einem Erkenntnisgewinn nämlich, der sich über die Grenzen des Wissenschaftsbetriebs hinaus kommunizieren lässt und in der politischen Willensbildung Nutzen stiftet.

Der Einfluss der politischen Ordnung

Natürlich ist es niemals Zufall, was eine Wissenschaft wie die Ökonomie für die politische Praxis zu leisten versucht und welcher kommunikativen Mittel sie sich dabei bedient. Gerade die Ökonomie ist immer in Gefahr, im Streben nach politischem Gehör, nach praktischer Relevanz also, sich auf eine von der Politik vorgegebene Diskursebene einzulassen. Sie neigt dazu, wenn sie sich denn der politischen Praxis zuwendet, sich inhaltlich und sprachlich danach zu richten, was die realen politischen Akteure können und wollen. Dies aber hängt u.a. davon ab, was Parteimitgliedern und Wählern aus Sicht von Politikern zumutbar erscheint. Nur hierfür besteht gegenüber dem Wissenschaftsbetrieb eine genuiner politischer Bedarf.

Ein einfaches Beispiel verdeutlicht dies. Aus Sicht von Politikern leicht vermittelbar ist z.B. die These, man solle besser Arbeit subventionieren als Arbeitslosigkeit. Dies klingt besonders unwiderstehlich in einer noch halbwegs intakten Arbeitsgesellschaft, in der das Nicht-Arbeiten nicht nur ökonomisch, sondern auch moralisch verpönt ist. Die Subventionierung von Arbeit bei gleichzeitiger Verschärfung der Bedingungen von Arbeitslosigkeit ist daher ein Denk- und Handlungsmuster, dessen ökonomische Begründung von der Politik stark nachgefragt wird. Dementsprechend groß ist die Neigung des Wissenschaftsbetriebs, dieser Nachfrage zu entsprechen.

Die Aussage, die Subventionierung von Arbeit sei in jedem Fall besser als die Subventionierung von Arbeitslosigkeit, ist indessen falsch. Sie ist es moralisch, und sie ist es auch in einem engeren ökonomischen Sinn. Mit einer Verschärfung der Bedingungen der Arbeitslosigkeit nämlich werden der staatlichen Einmischung in die Lebensverhältnisse von Arbeitssuchenden und subventioniert Beschäftigten Tür und Tor geöffnet. Unter solchen Bedingungen lässt sich nur noch schwer zwischen Arbeitsanreiz und Arbeitszwang und damit zwischen freiwilliger Arbeit und Zwangsarbeit unterscheiden. Zudem ist eine staatlich erzwungene Verringerung der Arbeitslosigkeit keineswegs ein sicheres Mittel, den gesellschaftlichen Wohlstand zu mehren.¹ Sicher ist nur, dass damit statistisch nicht messbare Schwarzarbeit teilweise durch statistisch erfasste Erwerbsarbeit ersetzt wird. Dies ist hilfreich in der politischen Öffentlichkeitsarbeit, aber wer darüber hinaus wirklich hiervon profitiert, ist in höchstem Maße ungewiss.

Natürlich ist es für eine Wissenschaft immer schwer, es mit eingängigen Slogans wie dem genannten aufzunehmen. Simplizität der Darstellung hat insofern immer ihre Tücken, ähnlich wie die Flucht in nur wissenschaftsintern verständliche Darstellungsweisen. Wenn die Ökonomie sich aber von der Politik in Dienst nehmen lässt, um verführerisch klingenden Slogans wissenschaftliche Rückendeckung zu geben, dann zeigt dies, wie nicht nur die Wissenschaft auf die Politik, sondern mehr noch die Politik auf die Wissenschaft einwirkt. Es macht deutlich, wie politisch darauf Einfluss genommen wird, welche Thesen von der Wissenschaft gestützt werden und auch, in welcher sprachlichen Form dies geschieht. Politik macht auf solche Weise Wissenschaft gewissermaßen zur Komplizin, indem sie Begründungen für das abfordert, was sie ihren Adressaten meint plausibel machen zu können. Wer aber die Adressaten von Politik letztlich sind und welches

¹ S. hierzu auch „Die Logik des Arbeitsmarktes“ sowie insbesondere „Die Logik des Arbeitsmarktes (2)“ in www.reformforum-neopolis.de

Wissen diesen zumutbar erscheint, das ist - auch und vor allem - eine Frage der politischen Ordnung.

Man muss sich daher, um Zugang zu Alternativen zu finden, zunächst einmal eine andere politische Ordnung vorstellen. Man kann sich z.B. vorstellen, dass man es nicht mit herkömmlichen Parteien und Parlamenten zu tun hat, sondern mit einer ganz und gar unabhängigen politischen Instanz, die speziell für die Wirtschafts- und Sozialordnung zuständig ist. Man kann sich darüber hinaus vorstellen, dass eine solche Instanz in zweierlei Form existiert, nämlich zum einen als Laienparlament, zum anderen als - anspruchsvoller besetztes - Expertenparlament. In diesen Parlamenten würden auf unterschiedlichen Diskursebenen die gleichen Fragen erörtert. Das Expertenparlament würde dabei einen anspruchsvolleren Diskurs pflegen, der sich teilweise auch der Begrifflichkeit des Wissenschaftsbetriebs annähert, während das Laienparlament sich naturgemäß einer laienhafteren Sprache bedienen würde.

Natürlich läge die größere Herausforderung für den Wissenschaftsbetrieb darin, gegenüber einem Laienparlament politische Überzeugungskraft zu entwickeln. Bei diesem Adressaten würde die Wissenschaft mit solch einem Anliegen indessen auf offene Ohren stoßen. Es ist ja der Traum jedes wissenschaftlichen Laien, einen einfachen und wenig zeitraubenden Zugang zu dem Wesentlichen eines ihn interessierenden Wissenschaftsbereichs zu finden. Als Laienparlamentarier würde man sich dies wünschen, wann immer wissenschaftliche Erkenntnis notwendige Voraussetzung für seriöse politische Sachentscheidungen ist. Als laienhafter Wähler wünscht man es sich, um zumindest eine seriöse Meinungsbildung betreiben zu können, auf deren Grundlage man über die personelle Zusammensetzung eines Parlaments einigermaßen kompetent mitentscheiden kann.

Einfache Wahrheiten

Welches sind nun die einfachen Wahrheiten, die in Sachen Ökonomie für den nichtwissenschaftlichen Laien wirklich wichtig sind? Im Mittelpunkt einer Ökonomie, die von Laien auf Dauer ernst genommen werden will, müsste zunächst ein ehrliches Bekenntnis zu den Grenzen der eigenen Erkenntnismöglichkeiten stehen. Die erste und wichtigste von der ökonomischen Wissenschaft zu vertretende Erkenntnis wäre daher diejenige, dass die Wirtschaft als ganze sich einer modellhaften Abbildung entzieht. Dies folgt aus der schlichten ökonomischen Grundeinsicht, dass in der Wirtschaft alles von allem anderen abhängt, dass also eine universelle Interdependenz herrscht, die es unmöglich macht, das Wirtschaftsgeschehen als Ganzes zum Erkenntnisobjekt zu machen.² Wirtschaft ist nicht als ganze verstehbar, und dementsprechend ist ihre Entwicklung auch nicht prognostizierbar.³ Wer sich als Ökonom zu dieser Grundeinsicht bekennt, bewahrt sich nicht nur selbst vor wissenschaftlicher Hybris, sondern kann damit gerade gegenüber ökonomischen Laien viel Glaubwürdigkeit gewinnen.

Aus der Einsicht, dass gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge zu komplex sind, um sie abbilden und prognostizieren zu können, folgt unmittelbar, dass eben dies auch für politische Interventionen in das Wirtschaftsgeschehen gilt. Auch deren Folgen sind

² S. hierzu auch „Das Elend der Ökonomie“ in www.reformforum-neopolis.de

³ S. hierzu auch „Die Logik der Konjunkturprognosen“ in www.reformforum-neopolis.de

zumindest langfristig kaum vorhersehbar, und über sie lässt sich daher auch im Voraus kein zuverlässiges politisches Werturteil abgeben. Die schlichte Konsequenz hieraus ist, dass politische Eingriffe in die Wirtschaft so weit wie möglich vermieden werden sollten, dass also ein möglichst autonomer marktwirtschaftlicher Wettbewerb zuzulassen ist, da dieser der Komplexität des Wirtschaftsgeschehens am besten gewachsen ist.

Dass die Wirtschaft nur durch Wettbewerb organisierbar ist, bedeutet natürlich zum einen, dass für diesen Wettbewerb Regeln gesetzt werden müssen, und zum anderen, dass deren Einhaltung bestmöglich gewährleistet werden muss. Für die Einhaltung von Regeln wiederum ist wichtig, wie plausibel diese gestaltet und formuliert werden. In noch größerem Maße hängt der Umgang mit Regeln davon ab, wie die spontane Regeltreue der angesprochenen Bürger ausgeprägt ist. Die spontane Regeltreue aber ist eine weitgehend kulturell bedingte und insoweit außerökonomische Gegebenheit. Wie gut eine Wirtschaft letztlich funktioniert, wie viel Wohlstand und wie viel Wohlstandswachstum sie hervorbringt, ist insofern eine Frage der politischen Kultur. Es ist sicher auch in hohem Maße eine Frage des Niveaus und der Entwicklung von Bildung. Insofern aber Bildung und Regeltreue eine gemeinsame kulturelle Basis haben, sind es letztlich doch elementare kulturelle Gegebenheiten, die über Wohlstand und Wachstum entscheiden.

Eine sehr einfache - und politisch entsprechend überzeugungskräftige - Botschaft könnte die Ökonomie auch in Sachen wirtschaftlicher Stabilität vermitteln. Sie könnte dem interessierten Laien erklären, dass Politik auf Dauer nicht mehr leisten kann, als eine einzige den Konjunkturverlauf bestimmende ökonomische Richtgröße stabil zu halten. Sie könnte erklären, dass hierfür zwar theoretisch mehrere Größen in Frage kommen, dass aber keine andere Größe in dieser Funktion annähernd so praxisgerecht ist wie der langfristige Zins risikoloser Anleihen.⁴ Diesen Zins stabil zu halten ist eine Aufgabe, die zum einen für ökonomische Laien verständlich und zum anderen für die verantwortlichen Stabilitätspolitiker beherrschbar wäre. Beide Anforderungen, eine zugleich für Laien verständliche und für Experten wirklich beherrschbare Stabilitätspolitik zu betreiben, wurden in der Vergangenheit lange verfehlt. Beide wären im Rahmen einer auf feste langfristige Zinsen abzielenden Politik leicht erfüllbar.

Noch einfacher ist die Botschaft, die in Sachen öffentlicher Defizite und Verschuldung wissenschaftlich zu begründen wäre. Die Ökonomie könnte der politischen Öffentlichkeit die Einsicht vermitteln, dass staatliche Haushalte zwar Defizite aufweisen, nicht jedoch verschuldet sein dürften. Mit anderen Worten: Voraussetzung für die Zulässigkeit von Defiziten ist die vorherige Bildung von Rücklagen.

Dies wären einige einfache, auch für Laien verständliche ökonomische Grundregeln. Sie zugleich wissenschaftlich und politisch überzeugend darzustellen und dabei jeweils zeitgemäße Begründungen und Darstellungsweisen zu finden, ist schon eine beträchtliche Herausforderung für künftige ökonomische Wissenschaft. Weit schwieriger noch dürfte allerdings die Aufgabe erscheinen, ökonomische Grundeinsichten mit einer Lösung des Gerechtigkeitsproblem zu verbinden. Hieran ist Politik immer wieder gescheitert, und hierfür hat die ökonomische Wissenschaft der Politik in der Vergangenheit nie überzeu-

⁴ S. hierzu „Die Logik der Geldpolitik“ sowie den geplanten Folgebeitrag „Die Logik der Geldpolitik (2)“ in www.reformforum-neopolis.de

gende Handlungsanleitung geben können. In eben dieser Frage war und ist auch der ökonomische Wissenschaftsbetrieb heillos zerstritten. Es hat sogar den Anschein, als sähen die meisten Ökonomen im realen Gerechtigkeits- bzw. Solidaritätsempfinden der Bürger eine lästige Komplikation, die elementare ökonomische Einsichten behindert. Solidarisches Empfinden, sei es moralisch begründet oder auch aus Eigeninteressen zu erklären, ist jedoch gesellschaftliche Realität. Es zu unterschlagen wäre ebenso Ausdruck wissenschaftlicher Hilflosigkeit wie die Unterschlagung ökonomischer Einsichten aus dem Gerechtigkeitsmotiv.

Natürlich ist gesellschaftliche Solidarität immer auch davon geprägt, was man dem Staat in dieser Hinsicht zutraut. Setzt sich die Überzeugung durch, der Staat sei in Sachen Solidarität nicht kompetent, kann dies zu einer Resignation in sozialpolitischen Fragen führen. Beeinträchtigt wird das Solidaritätsgefühl auch dann, wenn eine große Zahl von Bürgern meint, die staatliche Solidargemeinschaft sei im Grunde eine Zwangsgemeinschaft, sie beruhe also nicht auf freiwilliger Solidarität ihrer Mitglieder. Beides, das Gefühl, einer inkompetenten Politik ausgesetzt zu sein, wie das Gefühl, einer falsch zusammengesetzten Solidargemeinschaft anzugehören, kann äußerstenfalls zu der Überzeugung führen, Solidarität sei eigentlich keine Angelegenheit der Politik. Die Stärke der gesellschaftlichen Solidarität, das Bedürfnis also nach staatlich organisierter sozialer Gerechtigkeit, ist insofern keineswegs unabhängig davon, in was für einem Staat die Bürger leben.

Natürlich dürfen weder die Resignation vor staatlicher Inkompetenz noch die innere Abkehr von einer bestehenden staatlichen Solidargemeinschaft politisch einen Maßstab setzen. Maßstab sollte vielmehr das Verlangen nach sozialer Gerechtigkeit sein, wie es sich in einer freiwilligen Solidargemeinschaft und einem wirklich kompetenten Staat herausbilden würde. Solchem idealtypischen Gerechtigkeitsverlangen aber kommt man auch theoretisch nur auf die Spur, wenn man in Sachen gesellschaftlicher Solidarität eine größtmögliche Transparenz unterstellt. Nur unter der Annahme, dass jeder weiß, wie viel Solidarität ihm vom Staat zuteil wird und wie viel er selbst zur staatlichen Solidarkasse beiträgt, wird letztlich erkennbar, welche Sozialpolitik von spontanem gesellschaftlichem Solidarempfinden getragen wird.

Das Umverteilungsinstrument, das dieser Anforderung am besten gerecht würde, wäre ein Bürgergeld, das über eine eigenständige Solidarsteuer finanziert wird.⁵ In einem Bürgergeldsystem würde Umverteilung, würden also Sozialbeiträge der Bürger und Leistungen des Sozialstaats nicht in Renten- und Krankenkassenhaushalten und anderswo versteckt, sondern in einem eigenständigen Umverteilungsbudget offengelegt. Jeder Bürger wüsste genau, inwieweit er Nutznießer und Zahler des staatlichen Solidarsystems wäre. Dies wäre im Übrigen ein sehr einfaches System, das keinen Raum ließe für das missgünstige Gefühl, andere nähmen den Sozialstaat stärker und skrupelloser in Anspruch als man selbst.

Natürlich würde ein Bürgergeld nicht ausreichen, um Bedürftigkeit in allen Fällen ausreichend zu lindern. Es würde aber die Fälle, in denen der Staat Bedürftigkeit prüfen und über das Bürgergeld hinausgehende Leistungen gewähren müsste, auf einen sehr engen Bereich beschränken. Dies wären Fälle, in denen Bürger nicht hinreichend erwerbs-

⁵ S. hierzu auch „Die Logik des Sozialstaats“ und andere Beiträge zum Thema Bürgergeld in www.reformforum-neopolis.de.

tüchtig und auch nicht vermögend genug wären, um sich mithilfe des Bürgergeldes einen gesellschaftlich akzeptierten Mindestwohlstand zu sichern. Je geringer aber die Zahl solcher Fälle, desto kompetenter ist in der Regel die sozialstaatliche Intervention, und desto geringer ist daher das Risiko, dass diese Intervention von den Betroffenen als Verletzung ihrer Würde empfunden wird. Statt staatlichen Arbeitszwangs für viele würde es eine eher therapeutisch angelegte solidarische Intervention für wenige geben. Insofern wäre ein Bürgergeldsystem tatsächlich dasjenige, in dem es dem Staat am leichtesten fiele, das Los der Schwächsten seiner Bürger zu optimieren.

Politische Konsequenzen

Diese wenigen schlichten Einsichten genügen in der Tat, um in den wichtigsten Fragen der Ökonomie, nämlich in Sachen Wirtschaftsordnung, Stabilitätspolitik, öffentlicher Verschuldung und Umverteilung, politisch „mitreden“ zu können. Viel mehr braucht man als kompetenter Laie außerhalb des Wissenschaftsbetriebs nicht zu wissen. Dies reicht aus für eine sachkundige politische Partizipation von Bürgern in sozio-ökonomischen Fragen, und es wäre zumindest in der Einstiegsphase auch eine ausreichende Wissensgrundlage für Laienparlamentarier, die in einem spezialisierten Parlament für sozio-ökonomische Fragen verantwortlich sein wollten. Selbst für Mitglieder eines Expertenparlaments, die auch einen gehobeneren wissenschaftlichen Diskurs zu meistern hätten, wären diese einfachen Wahrheiten eine solide Grundlagen ihres politischen Wissens und Handelns.

Im Wissenschaftsbetrieb ist die Angst vor der Vereinfachung verständlicherweise immer auch Angst vor einem Schwinden der Subventionen. Es ist die Angst, dass sich in der Wissenschaftspolitik die Auffassung breitmacht, das Wesentliche einer Wissenschaftsdisziplin könne auch mit einer stark reduzierten personellen Ausstattung an Wissenschaftlern wachgehalten, verwaltet und im notwendigen Maß aktualisiert werden.

Solcher Angst, wie berechtigt sie auf ersten Blick erscheinen mag, ist die mindestens ebenso berechtigte Erwartung gegenüberzustellen, dass nichts so subventionswürdig ist wie die wissenschaftliche Bemühung um Transparenz und Simplizität, also letztlich um einfache Wahrheiten. Die Wissenschaftspolitik täte zumindest gut daran, solches Bemühen stärker zu honorieren und personell entsprechend großzügiger auszustatten als eine Wissenschaft, in der Intransparenz dazu dient, kritischen Fragen einer außerwissenschaftlichen Öffentlichkeit zuvorzukommen. Je intransparenter eine Wissenschaftsdisziplin sich gibt, desto mehr hat sie im Zweifel vor der Öffentlichkeit zu verbergen.

Das Fazit für die Ökonomie ist jedenfalls, dass sie als eine gegenüber der Öffentlichkeit ehrliche Wissenschaftsdisziplin viel einfacher und transparenter sein könnte. Auch und gerade als transparente Wissenschaft kann sie viel praktisch verwertbares Wissen generieren und elementare politische Fragen beantworten helfen. Sie kann z.B. für Laien verständlich erklären helfen, wie der Arbeitsmarkt tatsächlich funktioniert. Sie kann in diesem Zusammenhang auch erläutern, warum es für den materiellen Wohlstand einer Gesellschaft wenig ausmacht, auf welches Niveau der Arbeitslosigkeit sie sich einlässt, warum dies also eher ein moralisches als ein ökonomisches Problem ist.⁶

⁶ S. hierzu auch Fußnote 1

Auch für eine solche transparente Ökonomie gilt allerdings, dass sie am besten in einer ganz anderen politischen Ordnung gedeihen würde.

09 – 2004